

19. April 2007, S. 2

Außenansicht

Trotz Ölreichtums bleiben die Afrikaner arm

Damit auch die Bevölkerung von den Einnahmen profitiert, müssen Sanktionen gegen korrupte Eliten verhängt werden

Von Thorsten Benner und Ricardo Soares De Oliveira

Der neue Golf liegt in Westafrika. Der Golf von Guinea ist weltweit die am stärksten wachsende Ölförderregion. Die USA importieren heute mehr Öl aus dem Golf von Guinea als aus Saudi-Arabien und Kuwait. Angola ist mittlerweile Chinas wichtigster Öllieferant. Hierzulande stammt knapp ein Fünftel der Ölimporte aus Afrika. Doch die sprudelnden Petrodollars kommen nur einer kleptokratischen Elite zugute. Fünf Jahre nach Ende des Bürgerkrieges wartet etwa die Bevölkerung Angolas vergeblich auf eine Entwicklungsdividende aus dem Erdölreichtum. Die Rede vom "Ressourcenfluch" macht die Runde. Doch es ist nichts (Über-)Natürliches im Spiel bei der Misswirtschaft mit den Erdöleinnahmen. Sie ist das Resultat der eingespielten Realpolitik, der Partnerschaft zwischen Produzentenstaaten, Ölfirmen und Konsumenten: Solange Afrika das Öl liefert, werden keine weiteren Fragen gestellt.

Die gute Nachricht: Mittlerweile haben die G-8-Staaten, angetrieben von der Bundesregierung, die fatalen Folgen dieses eindimensionalen Ansatzes erkannt und das Thema Transparenz und gute Regierungsführung in afrikanischen Ölstaaten auf die Tagesordnung des Heiligendamm-Gipfels gesetzt. Die schlechte Nachricht: Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind unzureichend. Die G 8 setzt alle ihre Hoffnung auf die "Extractive Industries Transparency Initiative" (EITI). So übte Angela Merkel jüngst beim BDI-Rohstoffkongress schon einmal die Aussprache der langen Zauberformel. Und Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul attestierte euphorisch: "In der kurzen Zeit ihres Bestehens ist EITI eine Erfolgsgeschichte sondergleichen geworden."

Das Wachstum der Initiative seit der Gründung im Jahre 2002 ist in der Tat beeindruckend. Mittlerweile gehören ihr über 20 Mitgliedsstaaten an. Führende NGOs und Unternehmen unterstützen die EITI. Unbestritten ist die Grundidee eine gutgemeinte. Im Rahmen der EITI bekunden Unterzeichnerländer den Willen zur regelmäßigen Offenlegung aller Zahlungen von Unternehmen an die Regierungen sowie der Einkünfte der Regierungen von Ölfirmen. Dies soll Transparenz schaffen. Die Zivilgesellschaft soll die Umsetzung überwachen helfen. Doch in der Realität fehlen der auf Freiwilligkeit beruhenden Initiative die Zähne. Für korrupte Eliten ist es billig, der EITI beizutreten, wenn sie keine wirklichen Sanktionen zu fürchten haben. Die Zivilgesellschaft in ölfördernden Staaten ist zudem oft zu schwach und zu zerstritten, um Transparenz einzufordern und politisch nutzen zu können. Zudem sehen sich die Eliten in Staaten wie Angola mittlerweile am längeren Hebel, können sie

doch nach Gusto zwischen westlichen Firmen und neuen Kunden wie China wählen und diese gegeneinander ausspielen.

Dennoch sollten wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Der Westen hat eine beträchtliche Marktmacht, die er bislang nicht ansatzweise ausgespielt hat. Wenn wir es ernst meinen mit der Förderung von guter Regierungsführung, dann sollten wir nicht allein auf freiwillige Initiativen wie die EITI setzen. Eine komplementäre Strategie sollte vier Elemente umfassen.

Erstens sollten wir das Thema "gute Regierungsführung" ins Zentrum der Diskussion um Energiesicherheit befördern und es neben Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Umweltverträglichkeit als Kernziel etablieren. Dies ist leider bislang alles andere als selbstverständlich, wie das heute und morgen stattfindende "Deutsche Afrika-Energieforum" demonstriert. Unter Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums versammeln sich hier über 200 Teilnehmer aus der deutschen und afrikanischen Wirtschaft. Afrikanischen Öleliten wie dem Energieminister Äquatorial-Guineas wird hier ein Forum geboten, sich deutschen Firmen anzupreisen, ohne dass das Thema gute Regierungsführung und Transparenz auch nur einmal im Programm der Konferenz auftaucht.

Dies muss sich ändern. In Deutschland und Europa heißt dies, dass gute Regierungsführung in Produzentenländern nicht nur Sache der Entwicklungspolitik sein sollte, sondern Kernelement der Außenwirtschafts- und Energiepolitik. Global sollten wir das Ziel einer guten Regierungsführung in Produzentenländern nicht nur in IWF und Weltbank, sondern auch in - die Thematik bislang ignorierenden, aber wichtigen - Institutionen wie der Internationalen Energieagentur verankern.

Zweitens: die Verhängung von Reisesanktionen gegen korrupte Eliten. Bei aller Liebe zu China gehen die Eliten der afrikanischen Petrostaaten ihren Konsumgelüsten immer noch lieber in Paris, Lissabon, Brüssel, New York und London als in Peking oder Schanghai nach. Drittens: die Offenlegung der Zahlungsströme nicht nur in Produzentenländern, sondern im gesamten globalen Finanzsystem. Offshore und Onshore-Bankgeschäfte und Steueroasen (nicht nur auf den Cayman-Inseln, sondern in London, Zürich und anderswo) erlauben es korrupten Eliten, nach Belieben mit dem ihren Bevölkerungen gestohlenen Geld zu wirtschaften. Eine breite zivilgesellschaftliche Kampagne gegen "schmutziges" Geld, das den Weg in das globale Finanzsystem findet, fehlt bislang. Überfällig ist auch, dass alle OECD-Staaten den Besitz und das Handeln mit gestohlenem Geld und Gütern strafbar machen, auch wenn die Tat im Ausland begangen wurde.

Viertens: die Mobilisierung der Verbrauchermacht. Für vom Leiden der afrikanischen Bevölkerung aufgerüttelte Gutmenschen ist es billig, sich gegen "Blutdiamanten" zu wenden, sind Diamanten doch ein leicht verzichtbares Luxusgut. Beim Öl, dem Schmiermittel unserer Wirtschaft, verhält sich das bislang anders. Kampagnen gegen "Blutöl" sucht man vergebens. Solange die Mehrzahl der Verbraucher an der Zapfsäule nicht nach "Entwicklungsöl" verlangt, das der breiten Bevölkerung in

Entwicklungsländern zugute kommt, fehlt der Agenda für Transparenz und gute Regierungsführung ein entscheidender Baustein.

Wenn uns im Zweifelsfall Versorgungssicherheit und Preis wichtiger sind als gute Regierungsführung und Entwicklung, sollten wir dies offen zugeben. Doch wenn wir den Afrikanern die Entwicklungsdividende aus ihrem Ölreichtum sichern helfen wollen, dann sollten wir unsere Verbrauchermacht und Verantwortung zumindest ansatzweise nutzen.

Thorsten Benner (links) ist stellv. Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Ricardo Soares De Oliveira (rechts) ist Fellow am Sidney Sussex College der Universität Cambridge und am GPPi.

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.90, Donnerstag, den 19. April 2007 , Seite 2